

II- 896 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5141J

1987 -06- 0 5

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Guggenberger, Dr. Schwimmer
und Genossen

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Erfüllung der Einstellungspflicht durch die Länder und
Landeshauptstädte

In einer Zeit zunehmender Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt wird
es insbesondere für Behinderte schwerer, einen Arbeitsplatz zu finden.
Derzeit sind 25.000 Behinderte auf der Suche nach einer Beschäftigung.

Das Invalideneinstellungsgesetz erlegt privaten Dienstgebern, aber
auch dem Bund, den Ländern und Gemeinden die Verpflichtung auf, in
einem bestimmten Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten Behinderte
einzustellen.

Dieser Verpflichtung kommen derzeit weder alle privaten Dienstgeber,
noch die Gebietskörperschaft in vollem Umfang nach. Angesichts der
sich verschärfenden Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat die öffent-
liche Hand eine besondere Verantwortung, hinsichtlich der Beschäfti-
gung behinderter Arbeitnehmer mit gutem Beispiel voranzugehen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundes-
minister für Arbeit und Soziales folgende

A n f r a g e n :

- 1) In welchem Ausmaß kommen die Bundesländer ihrer Pflicht, Behinder-
te einzustellen, nach?
- 2) In welchem Ausmaß erfüllen die Landeshauptstädte die Einstellungs-
pflicht nach dem IEinstG?

3) *Sind Sie bereit, in geeigneter Weise auf die Gebietskörperschaften dahingehend einzuwirken, daß diese ihrer Pflicht, Behinderte zu beschäftigen, nachkommen?*